

# SO!

## Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8620 Wädenswil  
PC: 80-43003-3, so!  
Nr.4/04, erscheint 3 bis 4 mal jährlich. Auflage: 8000  
Preis: Abonnement Fr. 12.-, Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.-  
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil  
Redaktion: Sepp Dorfschmid, Hanna Landolt, René Peter,  
Martina Ulmann, Erwin Wachter  
<http://www.spwaedenswil.ch>

## Spital zu, Luxusklinik auf



**Da staunten wir WädenswilerInnen nicht schlecht. Noch ist unser traditionsreiches Spital nicht geschlossen und schon soll in Wädenswil eine neue, 95 Millionen Franken teure Spezialklinik gebaut werden. Im Stoffel, auf der grünen Wiese.**

Bis vor kurzem glaubte man, das Spital Zimmerberg blicke einer vielversprechenden Zukunft entgegen. Gegenwärtig entsteht in Horgen ein Erweiterungsbau für 42 Millionen Franken. Er soll im nächsten Mai bezogen werden. Anschliessend wird das Spital in Wädenswil geschlossen und die medizinische Abteilung nach Horgen verlegt. Mit dieser auch örtlich vollzogenen Fusion sollen die Nachteile eines auf zwei Standorte verteilten Spitals beseitigt werden, wurde uns WädenswilerInnen die Schliessung schmackhaft gemacht. Nun spielt es für gewisse VertreterInnen des Spitals Zimmerberg plötzlich keine Rolle mehr, wenn ein Teil des Angebots ihres Spitals wieder in Wädenswil gemacht werden soll: Lukrative Knie- und Hüftgelenkoperationen. Ganz nach dem Motto: Gewinnbringende Operationen den Privaten, Notfälle und teure LangzeitpatientInnen der öffentlichen Hand.

Ein Privatspital kann sich ausschliesslich auf die gut planbaren und profitablen Routinebehandlungen konzentrieren. So bleiben dem durch die SteuerzahlerInnen subventionierten öffentlichen Spital nur noch die komplexen Ope-

rationen und die Notfälle. Diese Taktik scheint sich für Privatspitäler auszuzahlen. Oder warum sollten Investoren sonst bereit sein, für den Bau einer Luxusklinik 95 Millionen Franken zu investieren? Mehr als doppelt soviel wie für den Erweiterungsbau des Schwerpunktspitals in Horgen zur Verfügung stehen!

### Bedarf für weitere Klinik nicht gegeben

Auch der Wädenswiler Stadtrat begrüsst die Inohealth-Klinik. Er verspricht sich von der Grossinvestition und der Schaffung von 190 Arbeitsplätzen (wo werden die wohl abgebaut?) nachhaltige Impulse für unsere Stadt. Er war darum sofort bereit, eine Revision der Bau- und Zonen-

ordnung einzuleiten. Er will dem Gemeinderat beantragen, rund 20'000 Quadratmeter grüne Wiese in der heutigen Reservezone in eine Zone für öffentliche Bauten umzuteilen. Wie der Wädenswiler Bauvorstand und Kantonsrat Ernst Stocker (SVP) in einem Leserbrief schrieb, habe er sich dabei keine Gedanken zur Gesundheitspolitik gemacht, weil das Sache des Kantons und des Bundes sei. Das Verhalten des Stadtrates gibt jedoch zu denken, bezahlen wir Wädenswiler Steuerpflichtigen doch einen erheblichen Beitrag an den Umbau und den Betrieb des Schwerpunktspitals in Horgen. Aufgrund meiner Abklärungen bei



**Wird die vielversprechende Zukunft des neuen Spitals Zimmerberg schon bald gefährdet durch neue Luxusklinik in Wädenswil? Foto: S. Landolt**

der Gesundheitsdirektion ist der Bedarf an orthopädischen Kliniken im Kanton Zürich gedeckt und darum sei eine Aufnahme der geplanten Institution auf die Spitalliste nicht vorgesehen. Im Kanton Zürich existieren mit der Schulthessklinik und dem Balgrist bereits zwei staatlich anerkannte Spitäler, welche diese Art von Operationen für allgemein wie privat versicherte PatientInnen erbringen. Ausserdem führt auch das Schwerpunktspital Zimmerberg entsprechende Operationen durch. Die neue Konkurrenz führt letzten Endes zu nur noch höheren Versicherungsprämien, zuerst einmal für die privat Versicherten.

### Der Stoffel muss grün bleiben!

Diese Forderung stellte die SP schon in den frühen 80er-Jahren, als der Stadtrat das Gebiet grossräumig überbauen wollte. Sepp Dorfschmid und Hermann Koch, damals Mitglieder der Raumplanungskommission, gelang es zusammen mit dem LDU in einem harten Kampf, dieser Forderung zum Durchbruch zu verhelfen: Der Stoffel wurde einer Reservezone zugeteilt. Um den Druck der Landbesitzer auf diese Reservezone abzubauen, überzeugte der damalige SP-Stadtrat Hans Schulthess seine RatskollegInnen, dass die Stadt Teile des Stoffels erwerben soll. Seit der jüngst geführten Diskussion um den Ausbau der Tiefenhofstrasse hat der Stadtrat wie-

derholt erklärt, dass der Stoffel als „grüne Lunge“ zwischen den Ortsteilen Wädenswil und Au erhalten bleiben soll, allenfalls mit Ausnahme von zwei Bautiefen entlang der Tiefenhofstrasse. Die SP zeigte sich erfreut über den Meinungswandel. Nach dem Ausbau der oberen Tiefenhofstrasse erhöht nun der Stadtrat den Druck auf den Stoffel und die angrenzenden Wohngebiete wieder deutlich. Das geplante Spital beansprucht mehr als zwei Bautiefen und die Tiefenhofstrasse soll nicht mehr nur der Erschliessung eines neuen Wohnquartiers dienen, sondern wird zur vielbefahrenen Zufahrtsstrasse einer privaten Klinik mit angegliedertem Gourmetrestaurant, Weiterbildungs- und Rehabilitationszentrum. Das alleine macht schon skeptisch!

### Gesundheit muss bezahlbar bleiben!

Auch eine Forderung der SP, nicht nur in Wädenswil. Gesund bleiben und vor allem wieder gesund werden ist teuer und die Kosten werden kontinuierlich weiter steigen. Wenn nicht endlich Korrekturen zur Dämpfung der Kostensteigerung angebracht werden, wird bis in zehn Jahren für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und für die öffentliche Hand Gesundheit unbezahlbar. Die Zweiklassen-Medizin wird bittere Realität. Eine Realität, wie sie die USA bereits kennt: Schlechte

öffentliche Spitäler und auf Top-Niveau stehende Privatkliniken, in denen sich jedoch nur noch die Oberschicht eine Behandlung leisten kann.

Die SP wehrt sich gegen eine solche Zweiklassen-Medizin! Es darf nicht sein, dass sich eine private Organisation auf Kosten der Versicherten und der öffentlichen Hand eine goldene Nase verdient. Ein wichtiges Prinzip im Gesundheitswesen ist jenes der Solidarität. Der Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten sowie zwischen Reichen und Armen. Dieses Prinzip wird durch den Bau von weiteren Privatkliniken untergraben und darum muss sich die SP Wädenswil genau überlegen, welche Projekte im Spitalwesen sie unterstützen will und wo sie sich kompromisslos dagegen einsetzen muss!

Thomas Hartmann, Präsident der SP Wädenswil, Gemeinderat und Präsident der Raumplanungskommission

### Machen Sie Ihre Einwendung, bevor es zu spät ist!

Ob Sie aus raumplanerischen und/oder gesundheitspolitischen Gründen gegen eine Einzonung im Stoffel sind, Sie können eine Einwendung machen. Schreiben Sie darin einen **Antrag**, dass Sie die Einzonung der Reservezone im Stoffel in eine Zone für öffentliche Bauten ablehnen. Schreiben Sie dazu eine kurze **Begründung**, warum sie diese Einzonung ablehnen. Senden sie Ihre Einwendung bis spätestens am 23. November 2004 an folgende Adresse: Stadtrat Wädenswil, Postfach 650, 8820 Wädenswil.

Bis zum 23. November können Sie die Pläne zu den Einzonungen im Stoffel auf dem Bauamt an der Florhofstrasse 3 (vis-à-vis Stadthaus) einsehen. Einwendungen zu den aufgelegten Plänen können Sie machen, egal ob Sie in Wädenswil stimmberechtigt sind oder nicht.

Die so!-Redaktion



Die „Grüne Lunge“ im Stoffel soll weiterhin Erholungsgebiet bleiben.  
Foto: S. Landolt

# Vorwärts mit dem Bahnhofplatz!



„Das können wir uns leisten“ titelte der Stadtrat vor nicht allzu langer Zeit im Zusammenhang mit den Wädensville-Projek-

ten. Widerspiegelt sich diese Einschätzung auch im neuen Finanz- und Entwicklungsplan?

Der Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) ist ein Führungsinstrument des Stadt- und Gemeinderates von Wädenswil und dient gleichzeitig als wichtiges Informationsmittel für die Öffentlichkeit. Der FEP entfaltet keine rechtliche Verbindlichkeit, jedoch entsteht eine solche im politischen Sinne. Es lohnt sich den neusten FEP, den der Stadtrat dem Gemeinderat vorlegt, genauer unter die Lupe zu nehmen. Das maximale Investitionsvolumen für die nächsten Jahre beträgt laut FEP rund 81 Millionen Franken.

Insgesamt sind rund 22 Millionen für Wert erhaltende Infrastrukturkosten wie Gasleitungen und Schulhausanierungen geplant. Rund 59 Millionen betreffen grössere Vorhaben. Es wird bereits gebaut oder man steht kurz davor, zum Beispiel die Abwasseranlage Rietliou, das Oberstufenschulhaus Fuhr, die Sporthalle Glärnisch, das Stadthaus und das Spital Zimmerberg. Das neue Feuerwehrgebäude musste wegen eines Rekurses zurückgestellt werden. Anderes muss noch vom Parlament und/oder Volk bewilligt werden: zum Beispiel die dringend notwendige Sanierung des Alters- und Pflegeheimes Frohmatt, eine neue Bibliothek und die Kulturhalle Glärnisch.

## Attraktiveres Zentrum

Aber auch eine attraktivere Zentrumsgestaltung ist notwendig, insbesondere ein neuer Bahnhofplatz mit einem anständigen Bushof, nachdem das Dosenbach-Haus endlich gekauft werden konnte. Im Kaufvertrag steht eine Klausel, mit der die Stadt unter Planungszwang gesetzt wurde und entschädigungspflichtig wird, falls sie kein Bauvorhaben realisieren würde. Es besteht also dringender

Handlungsbedarf. Der Bahnhofplatz ist sicher eines der wichtigsten Vorhaben der nächsten Jahre. Auch der Seeplatz verdient mehr als nur ein wenig farbiges Kies, wie dies vorgesehen ist. Die SP Wädenswil wird sich auch für den Secuferweg einsetzen. Und die Zugerstrasse muss attraktiver werden.

## Grosser Nachholbedarf

Noch vor kurzem waren sich alle einig, auch die bürgerlichen SparpolitikerInnen, dass sich das die Stadt Wädenswil alles leisten kann. Wenn man sich jedoch die vielen Diskussionen in den Kommissionen und im Gemeinderat vor Augen führt, dann gilt als oberste Maxime meistens das Sparen und tiefe Steuern. Damit Wädenswil attraktiv ist und bleibt, sind Investitionen jedoch unerlässlich. Es ist dringend nötig, dass die Stadt verschiedene Projekte gleichzeitig plant und vorantreibt, sonst besteht das Risiko von Verzögerungen und Rückschlägen (siehe Feuerwehrhaus). Darum: Schluss mit »auf später verschieben«, Provisorien, Pflasterlipolitik. Es gilt Schritt um Schritt unsere Stadt wieder auf Vordermann zu bringen, damit sie attraktiv und lebenswert bleibt.

Die im FEP vorgesehenen Investitionen sind jedoch nur möglich, wenn die Stadt genug Geld hat. Die Haupteinnahmequelle sind und bleiben die Steuern, auch wenn diese niemand gerne zahlt. Wie bei allem: Qualität kostet - aber langfristig lohnt es sich.

## Mit Geschenken ist es vorbei

Seit den Wädensville-Projekten sind dank hohem Steuerkraftausgleich und grossen Steuernachzahlungen zwei finanziell gute Jahre ins Land gegangen. Damit ist es leider vorbei - diese Geschenke sind nicht mehr zu erwarten. Das Volk hat sich für das Stadthaus light entschieden und damit sechs Millionen Franken gespart. Das ist gut so. Obwohl durch das Volk die Handänderungssteuer abgeschafft wurde und der Stadt darum jedes Jahr eine Million Franken fehlen, wollen gewisse Kreise weiter Steuern senken. Dazu kommt, dass der Kanton extrem spart und viele Kosten auf die Gemeinden abschiebt. Die Schule wird uns darum jährlich ei-



**Damit Wädenswil attraktiv ist und bleibt, muss investiert werden: Bahnhofplatz mit Dosenbach-Haus, Stadthaus, Alters- und Pflegeheim Frohmatt, Sporthalle Glärnisch im Bau, Oberstufenschulhaus Fuhr (v.o.n.u.) Fotos: Martina Ulmann**

nige 100'000 Franken mehr kosten, wenn wir sie auf einem zeitgemässen Niveau halten wollen. Das ist die Quitting für die Sparpolitik der Rechtsbürgerlichen unter dem Diktat der SVP! Die SP setzt sich weiterhin dafür ein, dass wesentliche Aufgaben der öffentlichen Hand nicht an Steuergeschenken scheitern.

Heinz Horn, SP-Gemeinderat,  
Mitglied Geschäfts- und  
Rechnungsprüfungskommission

## Unsozial, ungerecht und unnötig



**Die SP hat am 24. Oktober an ihrem Parteitag in Brig mit 297 : 87 Stimmen deutlich Nein gesagt zur Neugestaltung des Finanzausgleichs**

**und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Ausschlaggebend war die Befürchtung, dass das Behindertenwesen die Hauptlast einer nicht überzeugenden Föderalismusreform tragen müsse.**

Der Vater der Sozialversicherung, alt Bundesrat Tschudi schrieb kurz vor seinem Tod: „Der Sozialstaat hat zu einer höchst erfreulichen Verbesserung der Lebenslagen grosser Bevölkerungsschichten geführt. Die soziale Sicherheit wird am zweckmässigsten durch Sozialversicherungen realisiert.“ Mit der NFA schlagen uns Bundesrat und Parlament das Gegenteil vor: Wichtige Teile des Sozialversicherungssystems werden zu kantonalen Subventionen umfunktioniert. Ansprüche auf Bau- und Betriebsbeiträge (sogenannte Kollektive IV-Leistungen) haben Wohnheime und Werkstätten zur Wiedereingliederung Behinderter inskünftig gegenüber den Kantonen geltend zu

machen – ein Rechtsanspruch besteht nicht mehr zwingend. Die Mittel kommen nicht mehr aus einer sozialpartnerschaftlich finanzierten Versicherung, sondern müssen im Verteilungskampf um die knappen öffentlichen Mittel in jedem der 26 Kantone jährlich und einzeln neu erstritten werden.

Heute hat ein behindertes Kind einen Anspruch auf Sonderschulung, wenn es in der Regelschule nicht ausreichend gefördert werden kann. Auch dafür wären nach einem Ja zur NFA die Kantone zuständig. Nun leben wir aber in einer Zeit, in der auch die Volksschule unter starkem Spardruck steht. Wird eine Schulgemeinde angesichts dieses Druckes bereit sein, behinderte Kinder zu integrieren, zum Beispiel durch Anpassung der Schulbauten und der Infrastruktur? Einen Anspruch darauf hätten Eltern und Kinder nicht mehr.

Der Bund entlastet sich im Sozialbereich um mehr als zwei Milliarden Franken. Auffallend ist, dass es mit den Verschiebungen im IV-Bereich um den absolut höchsten Betrag in der ganzen NFA geht. Beim Verkehr als zweithöchst betroffener werden 300 Millionen Franken verschoben und die Landwirtschaft war schlicht kein The-

ma. Es geht nicht darum, den einen Bereich gegen den anderen auszuspielen. Es ist jedoch inakzeptabel, dass die Schwächsten in unserem Land die grössten Opfer bringen müssen.

Dass die kantonalen Parlamente über ihre Budgets im Behindertenbereich die zum Ausgleich nötigen zwei Milliarden Franken auch sprechen werden, ist mangels Zweckbindung höchst fraglich. Das Nein der SP ist jedoch nicht in erster Linie ein Misstrauen gegenüber den Kantonen, es ist ein grundsätzliches Nein gegen den Umbau eines bewährten Sozialversicherungssystem auf Bundesebene in ein föderalistisches Sozialhilfesystem, welches klar in die Richtung des längst überholten Fürsorgestaates geht. Die NFA verdient am 28. November ein deutliches NEIN, weil sie die Kantone zu nichts verpflichtet, weil sie den Sozialstaat zum Fürsorgestaat abwertet, weil sie aus Sozialversicherungsrechten Almosen der Sozialhilfe macht und weil Kranke, Behinderte und Betagte zu Bittstellerinnen und Bittstellern gemacht werden.

Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin

- Ich will mehr über die SP erfahren  
 Ich möchte der SP beitreten  
 Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



**Sozialdemokratische Partei Wädenswil**  
Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Fax 01 680 34 51  
e-mail: spwaedenswil@spzuerich.ch



Sozialdemokratische Partei

### Abstimmungsempfehlung für den 28. November 2004

#### Eidgenössisch:

- **Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)** **Nein**
- **Neue Finanzordnung** **Ja**
- **Stammzellenforschungsgesetz** **Ja**

Öffentliche Veranstaltung  
mit Apéro:

### Die besondere Parteiversammlung

Ambrosius Humm, Wädenswil,  
Bühnenbildner, Kunstmaler,  
Puppenmacher gibt Einblick  
in sein Künstlerleben.

Die Anwesenden fragen –  
der Künstler erzählt.

3. Dezember 2004  
19.30 Uhr  
Restaurant Volkshaus  
1. Stock  
Wädenswil